VR-07 (V-103)-092 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 92 bis 104:
Allzu oft haben wir uns in der Vergangenheit mit geschlossenen "Flüchtlingsdeals" schwer getan - zu Recht. Wir haben viele Deals kritisiert, weil sie Menschenrechte nicht schützen, Parlamente umgehen, weil sie Abhängigkeiten von Diktaturen schaffen oder neue Fluchtursachen erzeugen. Wir haben angemerkt, dass die meisten Deals unerwünschte Nebeneffekte haben, dass sie nicht die versprochene langfristige Lösung sind und hatten fast immer Recht. Deswegen setzen wir uns für Alternativen zu den bestehenden "Abkommen" mit Ländern wie Tunesien, Libyen oder der Türkei ein.

Wir bauen auf mehr Transparenz, beispielsweise durch öffentliche Evaluierung, die menschenrechtliche Standards rigoros prüft und eine Beteiligung der Zivilgesellschaft sicherstellt.

Das Ziel der zukünftigen Migrationspartnerschaften muss sein, dass sie partnerschaftlich die Lebenssituation vor Ort verbessern und geordnete Wege in den Arbeitsmarkt oder zum Asylantrag in Europa gibt.

Migrationspartnerschaften sollen insgesamt die zwischenstaatliche Mobilität stärken und damit auch Migration nach Deutschland in Arbeit und Ausbildung fördern. Sie sollten in diesem Sinne auch zu Anerkennungspartnerschaften im Bereich der dualen Ausbildung weiterentwickelt werden, um unser modernes Einwanderungsrecht zu flankieren, sodass faire und diskriminierungsfreie Kriterien für Einwanderung, unabhängig vom Herkunftsland definiert werden können.

~~Allzu oft haben wir uns in der Vergangenheit mit geschlossenen "Flüchtlingsdeals" schwer getan - zu Recht. Wir haben viele Deals kritisiert, weil sie Menschenrechte nicht schützen, Parlamente umgehen, weil sie Abhängigkeiten von Diktaturen schaffen oder neue Fluchtursachen erzeugen. Wir haben angemerkt, dass die meisten Deals unerwünschte Nebeneffekte haben, dass sie nicht die versprochene langfristige Lösung sind und hatten fast immer Recht. Deswegen setzen wir uns für Alternativen zu den bestehenden "Abkommen" mit Ländern wie Tunesien, Libyen oder der Türkei ein. Das Ziel der zukünftigen Migrationspartnerschaften muss sein, dass sie die Lebenssituation vor Ort verbessern und geordnete Wege in den Arbeitsmarkt oder zum Asylantrag in Europa gibt.~~ Nur so werden wir die irreguläre Migration nach Europa wirksam und langfristig reduzieren können. Im ersten Schritt sollte es vor allem eine neue

weitere Antragsteller*innen

Julian Mensak (KV Hannover); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Julian Pahlke (KV Leer/Ostfriesland); Michael Lühmann (KV Göttingen); Meta Janßen-Kucz (KV Leer/Ostfriesland); Lino Klevesath (KV Göttingen); Katrin Langensiepen (KV Hannover); Christian Vahlbruch (KV Goslar); Susanne Stobbe (KV Göttingen); Konstantin Mallach (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Swantje Schendel (KV Braunschweig); Andreas Hoffmann (KV Braunschweig); Nicole Henkel (KV Wittmund); Juli Klippert (KV

Hannover); Isabell Michel (KV Braunschweig); Dirk-Claas Ulrich (KV Göttingen); Mathilde Möller (KV Berlin-Pankow); Cim Kartal (KV Bielefeld); Clara Mensching (KV Göttingen); sowie 32 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.